Nr. 136. **Die Presse.** 36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung — Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,25 Mk., monatlich 1,09 Mk., ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belagblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 15 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 20 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 25 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn.“

Thorn, Donnerstag den 13. Juni 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn. Verantwortlich für die Schriftleitung i. V.: Ernst Heeger in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Der Weltkrieg.

Die 4. Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Annahme der Kompromißanträge.

Der gestrige erste Tag der Wahlrechtsberatung im Abgeordnetenhause konnte, wie vorauszusehen, neue Gedanken nicht mehr zutage fördern. Die Aussprache begann, da die Kompromißanträge den Freunden des Wahlrechts angeblich zu spät zugegangen, unter Anzeichen einer gereizten Stimmung. Nach Erklärungen Dr. von Heydebrands und Dr. Lüdeckes über ihren Kompromißstandpunkt erklärte, zur schmerzlichen Überraschung der Linken, der Redner des Zentrums Dr. Porsch, daß ein Teil seiner Freunde — und wahrlich kein kleiner Teil — bereit sei, auf den Boden der Kompromißanträge zu treten, sodaß das gespaltete Hineingehen des Zentrums in die Abstimmung sofort unverkennbar war. Dr. Pachnickes melodramatische Rede zeigte nichts weiter, als daß die Linke des Hauses eben nichts einsehen und anerkennen will, was ihrem radikalen Standpunkt nicht bedingungslos folgt. Was der Regierungsvertreter Dr. Drews zu sagen hatte, war schon beim Erheben von seinem Sitz bekannt: ein glattes Unannehmbar erging, — nicht der geringste Versuch, dies redliche Streben der Mehrheit nach einer Verständigung zu würdigen, nicht die geringste Bereitwilligkeit, auch von der Regierungsseite aus einen Schritt zur Versöhnung zu tun! Nach der Darlegung des Abg. Lucas, warum sich die Linksnationalliberalen nicht in der Lage fühlten, das Kompromiß mitzumachen, schritt Dr. Lohmann zur sorgfältigen und geschickten Begründung seiner und seiner Freunde Ansicht; es waren treffende Sätze, die man hörte, so etwa: das gleiche Wahlrecht bedeutet nicht Gleichheit aller Stände, sondern die Herrschaft einer Klasse. Im übrigen gab sich Dr. Lohmann selbst keineswegs von allen Einzelheiten der neuen Anträge entzückt; aber ein Kompromiß ist eben ein Kompromiß; jedem, der daran teil nimmt — (und die rechten Nationalliberalen mußten daran teilnehmen, um die Suche des § 3 zu schließen) — bleibt nichts anderes übrig, als einen Teil seiner Ansprüche zu begraben, um andere erfüllt zu sehen. So wünschte schließlich Dr. Lohmann unter lebhaftem Beifall der Rechten des Hauses den Anträgen v. Heydebrand-Lüdicke-Lohmann-von dem Haagen einen glücklichen Weg, allen Versuchen der Linken zum Trotz, ihn zu vereiteln. Nachdem noch sozialistische Abgeordnete beider Richtungen oft Gehörtes nochmals gesagt, nicht ohne daß es natürlich zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen dem „Unabhängigen“ Ströbel mit dem Vizepräsidenten Lohmann kam, wurde zur Abstimmung geschritten, der noch eine kurze Erörterung vorausging. In namentlicher Abstimmung wurde, mit 233 gegen 183 Stimmen, der Kompromißantrag, der zur Wahlberechtigung den mehr als zweijährigen Aufenthalt in der Gemeinde vorsieht, angenommen, womit der Antrag Brust erledigt war. Dann wurde das gleiche Wahlrecht mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt. Wie bei der dritten Lesung stimmten dafür auch einige Freikonservative und die Mehrheit des Zentrums. Da inzwischen die Unterschriften unter dem Antrag Lohmann bekanntgeworden waren, zog Abg. Dr. Pachnicke den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Kompromißantrag zurück, worauf der nationalliberale Abg. Fuhrmann den Antrag wieder aufnahm. Ein Vertagungsantrag wurde abgelehnt. Darauf wurde ein Antrag des nationalliberalen Abg. Hagemeister, für den Fall der Annahme des Antrages Lohmann, den Kriegsteilnehmern und denjenigen, die einen eigenen Haushalt führen, eine Zusatzstimme zu geben, mit 251 gegen 147 Stimmen, bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Dann erfolgte die namentliche Abstimmung über den Kompromißantrag selbst. Er wurde mit 255 gegen 154 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten setzten dann die Vertagung der Sitzung durch.

Amtlicher deutscher Heeresbericht.

Berlin, 12. Juni. (W.-T.-B.)

Großes Hauptquartier, 12. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Artilleriekampf wechselnder Stärke. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgefechte beschränkt.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

In schweren Kämpfen hat die Armee von Hutier gestern den erwarteten zur Wiedereinnahme des Höhenblocks südlich von Noyon geführten großen Gegenangriff mehrerer französischer Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schweren Verlusten wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfront von Le Ployron bis Antheuil zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz gebrachten Panzerwagen liegen zerschossen auf dem Kampffelde. Zwischen Mery und Belloy, wo der feindliche Ansturm an unserm Gegenstoß zerschellte, dauerten erbitterte Kämpfe bis zur Dunkelheit an. Das westliche Oise-Ufer nördlich der Matzmündung wurde vom Feind gesäubert. Die Zahl der von der Armee eingebrachten Gefangenen hat sich

auf mehr als 13000 erhöht.

Der Verlust der Höhen südwestlich von Noyon zwang den Feind zur Räumung seiner Stellungen im Carlepont-Walde auf dem Ostufer der Oise. Dem weichenden Feind stießen wir über Carlepont und Caisnes scharf nach und erreichten kämpfend die Linie von Bailly—Tracy le Val—westlich Nampcel. Hartnäckig und kein Opfer scheuend, setzte der Feind seine vergeblichen Angriffe nordwestlich von Chateau-Thierry fort. Mehrfacher Ansturm brach hier blutig zusammen.

Der Erste General-Quartiermeister: Ludendorff.

Die Kämpfe im Westen.

Deutscher Abendbericht.

W. T.-B. meldet amtlich:

Berlin, 11. Juni, abends.

Auf dem Kampffelde südwestlich Noyon sind erneute Gegenangriffe der Franzosen unter schwersten Verlusten gescheitert.

Französischer Heeresbericht.

Der amtliche französische Heeresbericht vom 10. Juni nachmittags lautet: Der deutsche Vorstoß wurde gestern Abend und in der Nacht mit der gleichen Erbitterung fortgesetzt. Auf dem linken französischen Flügel wurden mehrmalige heftige Angriffe durch unser Feuer und unsere Gegenangriffe gebrochen. Das genommene und wiedereroberte Courcelles blieb in unseren Händen. Auf dem rechten französischen Flügel hielten wir uns südöstlich von Ville, um das lebhaft gekämpft wurde. Die Franzosen machten mehr als 500 Gefangene im Verlauf verschiedener Gefechte. In der Mitte suchte der Feind durch Einsatz neuer Kräfte seinen Fortschritt zu erweitern. **Es gelang ihm, die südliche Umgebung von Cuvilly, den Wald von Ressons an der Matz und die Hochfläche von Bellenglise zu erreichen.** Weiter östlich ging der Kampf um den Wald von Thiescourt und um Ciscourt (?) weiter. Nördlich von Reims war der Artilleriekampf ziemlich lebhaft. Die Franzosen ergänzten die Vorbereitung zu der gestern begonnen Schlacht östlich von Hautebray und machten 150 Gefangene. Zwischen Ourcq und Marne schlugen wir mehrere deutsche Angriffe östlich von Vinly zurück. In Fortsetzung ihres Vordringens in der Gegend Bussiares gewannen die französisch-amerikanischen Truppen Gelände. Sie erhöhten die Zahl der Gefangenen auf 250 und erbeuteten 30 Maschinengewehre.

Französischer Bericht vom 10. Juni abends: Während des zweiten Tages der Offensive vermochte der Feind durch mächtige und von neuen Streitkräften unaufhörlich verstärkte Angriffe in der Richtung auf Estrées, St. Denis und Ribecourt vorzudringen. **Der Feind konnte** die Dörfer **Mery, Belloy** und **St. Maur nehmen.** Die Hochebene von Belloy war der Schauplatz heldenmütiger Kämpfe. **Südlich von Ressons sur Matz haben die Deutschen in Marqueglise Fuß gefaßt,** und weiter östlich setzt sich die Schlacht auf die südlichen Zugänge von Elincourt fort. Auf unserem rechten Flügel ist es **dem Feinde gelungen, aus dem Walde von Thiescourt herauszukommen.** Auf unserem linken Flügel zwischen Courcelles und Ribecourt haben wir die feindlichen Angriffe gebrochen und unsere Stellungen behauptet. Im Osten der Oise ist ein Versuch der Deutschen, Port wiederzunehmen, gescheitert.

Französischer Bericht vom 11. Juni nachmittags: Die Deutschen setzten gestern Abend und in der Nacht ihren Druck in der Richtung auf Estrées—St. Denis—Ribecourt fort. Auf dem linken Flügel war der Widerstand der Franzosen wirksam. Auf dem rechten französischen Flügel spielten sich heftige Kämpfe auf dem Waldstück nördlich von Dreslincourt ab. **Die Deutschen,** die in dieser Gegend starke Kräfte zusammengezogen hatten, **konnten bis nach Antovel gelangen und zwangen die französischen Truppen, ihre Widerstandslinien** westlich und südlich von Ribecourt zurückzunehmen.

Englischer Bericht.

Der englische Heeresbericht vom 10. Juni morgens lautet: Wir machten gestern einen erfolgreichen Vorstoß gegen einen deutschen Posten im Abschnitt nordöstlich Bethune. Ein feindlicher Angriff, der am Abend auf einen unserer Posten im Walde von Avelun unternommen wurde, wurde abgeschlagen.

Englischer Bericht vom 10. Juni abends: Außer beiderseitiger Artillerietätigkeit in verschiedenen Abschnitten ist von der britischen Front nichts zu melden.

Englischer Bericht vom 11. Juni morgens: Heute Nacht wurde eine weitere kleine Unternehmung mit vollem Erfolg von australischen Truppen in der Gegend von Morlancourt ausgeführt. Unsere Linien südlich dieses Dorfes wurden auf eine Tiefe von nahezu einer halben Meile an einer Front von über anderthalb Meilen vorgeschoben und 233 Gefangene, sowie 21 Maschinengewehre und Schützengrabenmörser von uns eingebracht. Erfolgreiche Vorstöße, bei denen wir einige Gefangene machten, 2 Maschinengewehre erbeuteten und dem Feinde zahlreiche Verluste zufügten, wurden von uns während der Nacht nordwestlich Morlancourt, südlich der Scarpe und östlich des Waldes von Nieppe ausgeführt.

Die glänzende Überwindung des Kampfgeländes.

Am 9. Juni, vormittags 6.20 Uhr, waren bereits von der gegen Orvillers vorbrechenden Division das feindliche Grabensystem und der Ort selbst mit Hilfe von Tanks in heftigem Kampf genommen. Das von Schluchten durchzogene waldreiche Gelände hat das Aussehen eines großen Parks. Es bot dem Feinde hervorragende Stützpunkte zum Einbau von Maschinengewehren. Bei der Bekämpfung derselben leisteten **deutsche Tanks und Flammenwerfer** Glänzendes. Durch die niedergeschossenen Trümmer der Ortschaft fuhren die Tanks vor und säuberten sie mit ihren Geschützen und Maschinengewehren. Ein Flammenwerfer vernichtete allein vier Maschinengewehrstützpunkte. Die Tanks stießen sodann südlich auf Cuvilly vor und erleichterten der Infanterie die Einnahme des Dorfes. In Cuvilly arbeitete ein geschlossenes feindliches Bataillon an den Stellungsgräben der zweiten Stellung. Es wurde bis auf den letzten Mann gefangen genommen.

Westlich der Ortschaft wurden zahlreiche Geschütze erobert. Auch andere Beute, wie Sanitätsautos, reichliche Telephongeräte und große Mengen Munition, fielen in unsere Hand. Gegen Abend tobte nach Gewinnung der Straße Mery—Ressons sur Matz der Kampf um das Dorf Lautaule und um die Waldstücke östlich desselben. Lautaule mit Schloß und Park bildete einen starken Stützpunkt inmitten der feindlichen gut ausgebauten dritten Stellung. Der Ort wurde frühmorgens am 10. Juni erstürmt. Bald darauf fiel Belloy.

Hiermit hatte die Division das schwierigste Gelände überwunden. Gegen Truppen von drei Divisionen hatte sie in dem ihr zugewiesenen Abschnitt zu kämpfen. Über 2500 Gefangene, eine große Anzahl Maschinengewehre und zahlreiche Geschütze sind erbeutet.

Unsere Bombengeschwader.

Die letzten Nächte waren für die Tätigkeit unserer Bombengeschwader im allgemeinen günstig. Diese richten ihre Angriffe gegen die feindlichen Flughäfen, auf denen die durch unseren Vormarsch bis zur Marne aus ihren alten Häfen verdrängten feindlichen Verbände dicht gedrängt Zuflucht gesucht hatten, und ferner gegen Bahnhöfe und Etappenorte des Gegners, die infolge der Heranführung der Reserven und der Wiederordnung der durch unseren Ansturm verwirrten rückwärtigen Verbindungen dichte Bestellung aufwiesen, und gegen Paris. Überall konnte durch Brände und Explosionen festgestellt werden, daß die Bombengeschwader die ihnen befohlenen Ziele zu treffen wußten. Unsere anderen Fliegerverbände waren nicht weniger tätig. Besonders gute Erfolge erzielten unsere Jagdflieger im Angriff gegen die Geschwader des Feindes. Es gelang ihnen allein am 6. und 7. Juni 29 feindliche Flugzeuge abzuschießen. Unsere Verluste sind demgegenüber nur mit 9 Flugzeugen erfreulich gering.

Plündernde Engländer.

Während des deutschen Vormarsches traf der Geistliche einer Infanterie-Division am 31. Mai 1918 in Arois-le-Ponsart (südlich Fismes) unter den wenigen zurückgebliebenen Einwohnern einen ehrwürdigen 80jährigen Greis, der am Auge eine große Beule trug und offenkundige Spuren schwerer Mißhandlung aufwies. Auf Befragen erklärte er dem Geistlichen: „Vorgestern, am 29. Mai, beim Rückzug der Unsrigen, drangen zwei englische Soldaten in mein Haus und begannen zu plündern. Als ich sie bat, meine geringe Habe zu schonen, schlug mir der eine Engländer mit der Faust derart ins Gesicht, daß ich bewußtlos zusammenbrach. Als ich wieder zu mir kam, sah ich, daß mein Haus von oben bis unten durchwühlt war.“

Pariser Stimmungen.

Eine Spitze gegen Clemenceaus letzte Äußerung: „Ich komme vom bedrohten Frontabschnitt; wir sind dort dem Feinde fraglos überlegen“, enthält „Petit Parisien“, dessen Fachkritiker meint, allzu weit getriebener Optimismus sei zwecklos. Darum bescheide er sich mit der Feststellung, daß die Entente-Heeresleitung diesmal in voller Kenntnis der gegnerischen Vorbereitungen eine den vorhandenen Kräften entsprechende Abwehr auf 30 Kilometer organisiert habe. Andere Kritiker halten den Verlust des Gehölzes von Riquebourg-Lamotte und eines Teiles des Thiescourt-Waldes für bedenklich; doch komme es für die Entscheidung auf die südlich der Linie Ressons—Mareuil zu erwartende Kraftprobe an.

Clemenceau noch immer zuversichtlich.

Der „Berl. Lokalanz.“ meldet aus Genf: Clemenceau besprach in Fochs Hauptquartier sehr wichtige Vorschläge der Heeresleitung. Clemenceau sprach bei der Rückkehr Pariser Ausfragern den Wunsch aus, seine Zuversicht von der ganzen Bevölkerung geteilt zu sehen. — Hierzu bemerkt „Echo de Paris“: Die Tage bis Ende Juni würden zu Lande und zur See noch große Ereignisse bringen.

Die Aufnahme in England.

Reuter meldet unter dem 10. Juni aus London: Die Abendblätter bewahren der neuen Offensive gegenüber ruhiges Vertrauen. „Globe“ schreibt am Schlusse eines Artikels: Es sei zwar töricht, die Lage leicht zu nehmen; aber wenn es dem Feinde gelänge, Paris in den Bereich seiner Geschütze zu bringen, würde er finden, daß Frankreich jetzt, wo es einen Mann wie Clemenceau zum Führer hat, unbesiegbar ist.

Der italienische Krieg.

Der österreichische Tagesbericht vom 11. Juni meldet vom

italienischen Kriegsschauplatze:

An der untersten Piave scheiterten abermals italienische Vorstöße. Auch in der Frenzela-Schlucht

wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Nordwestlich von Korca in Albanien haben die Franzosen ihre Angriffe wieder aufgenommen.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Heeresbericht.

Im amtlichen italienischen Heeresbericht vom 10. Juni heißt es: Zahlreiche Artilleriekämpfe vom Tonale bis zur Brenta und an der unteren Piave.

* * *

Die Kämpfe im Osten.

Rückzug Semenows.

Reuter meldet aus Peking: Die Semenowschen Streitkräfte haben sich nach einem unentschiednen Gefecht wegen einer flankierenden Bewegung der feindlichen Kavallerie am 30. Mai zum Onon-Fluß zurückgezogen. Flüchtlinge aus Sibirien berichten, daß es in den meisten sibirischen Städten zu Unruhen gekommen ist. Die Bauern und Arbeiter von Irkutsk haben sich den Tschecho-Slowaken zu gemeinsamer Bekämpfung der Sowjets angeschlossen. In Omsk kam es zu Hunger-Unruhen.

* * *

Die Kämpfe zur See.

Neue U-Boot-Beute.

W. T.-B. meldet amtlich:

Im Sperrgebiet um England sind neuerdings durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote

10 500 Brutto-Registertonnen

vernichtet worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Aus Brasilien bringt „Financial Times“ vom 23. Mai die Nachricht, daß infolge Tonnagemangels die Verschiffung der letzten Kaffee-Ernte, die sich auf die riesige Menge von 18 Millionen Sack belief, größtenteils unterblieb. Infolgedessen sind in Santos, dem wichtigsten Ausfuhrhafen dort, die Lagerhäuser voll belegt. Die brasilianische Regierung und die Dockgesellschaft beschleunigen den Bau neuer Lagerhäuser. Ein Kaffeepflanzerverband hat 4,2 Millionen Mark aufgebracht, um durch lebhaftere Anpreisung des Kaffeeverbrauches in den Vereinigten Staaten den Absatz zu heben und sich Ersatz zu schaffen für die früher an Deutschland verkauften Beträge.

Eine entsprechende Nachricht über die durch Überfluß an Zucker hervorgerufene Not der Zuckerpflanzer und -Händler bringt das „Journal of Commerce“ vom 6. April aus Manila und Iloilo, den Haupthäfen der von den Vereinigten Staaten annektierten ehemals spanischen Philippinen. Dringend wird dort Schiffsraum benötigt, um die sich ansammelnden Zuckermassen fortzuschaffen. Der Zucker der neuen Ernte kommt bereits herein, und noch sind die Lagerhäuser mit Tausenden von Tonnen der alten Ernte angefüllt. Die Ernte ist unverkäuflich, weil sie nicht nach Europa geschafft werden kann. Der U-Bootkrieg schlägt dem Wohlstand dieser Kolonien fast unheilbare Wunden. Auch wird befürchtet, daß Deutschland nach dem Kriege von der starken Waffe freiwilligen Verzichts auf fremde Kolonialerzeugnisse Gebrauch machen wird, und daß Brasilien, sowie die Philippinen dann ihren besten Kunden dauernd verlieren.

Weitere Schiffsverluste.

Die schwedischen Segelschiffe „Gripen“ mit 1190 Brutto-Registertonnen und „Anton“ mit 1025 Brutto-Registertonnen wurden vor der norwegischen Küste von einem Unterseeboot torpediert.

Die niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Ymuiden, daß der Fischerlogger „Helena Ym. 312“ am 9. Juni in der Nähe des Leuchtschiffes „Doggerbank“ in den Grund gebohrt wurde, wobei drei Mann der Besatzung ums Leben kamen.

Die U-Boote an der amerikanischen Küste.

Einem Amsterdamer Blatte zufolge erfährt die „Times“ aus Washington: Der stellv. Marinesekretär Franklin Roosevelt erklärte gegenüber dem Berichterstatter der „Times“: Die amerikanische Flottenleitung hatte bereits Ende Mai alle Schiffe und Küstenbatterien benachrichtigt, daß wahrscheinlich feindliche Unterseeboote an den amerikanischen Küsten des Atlantischen Ozeans erscheinen würden. Diese Warnung wurde, noch bevor das Marinesekretariat von den U-Boot-Angriffen gehört hatte, abgesandt. Die Dampfer und Segler auf See und in den Häfen empfingen diese Warnung; aber die langsamen Segler ohne Einrichtungen für drahtlose Telegraphie konnten nicht mehr gewarnt werden. Amtliche Zahlen über die Anzahl der Unterseeboote, die an der amerikanischen Küste auftreten, sind nicht veröffentlicht worden. Es handelt sich aber um mindestens zwei Boote. In Regierungskreisen ist man teilweise der Ansicht, daß eines davon ein Kampf-Unterseeboot ist, während das andere ein Vorratsschiff von der „Deutschland“-Klasse sei. Die Unterseeboote vernichten die meisten Schiffe, die sie angreifen, durch Artilleriefeuer und Bomben. Nur in zwei Fällen wurden Torpedos benutzt. Auch einige Minen wurden gelegt, wovon bereits zwölf aufgefischt worden sind.

Georgiens Unabhängigkeit.

Schon seit geraumer Zeit wußte man, daß die transkaukasische Republik kein langes Leben haben werde, da ihr die Einheit und die Interessengemeinschaft fehlte, die sich in den Ländern, die sich als eine Republik vereinigt hatten, breit taten. So überrascht es nicht, daß sich jetzt eine Republik Georgien errichtet hat. Georgien oder Grusien ist richtig genommen, schon seit mehr als 100 Jahren ein selbständiger Staat gewesen, der nur durch ein Bündnis mit Rußland vereinigt war. Aber ebensowenig wie Rußland das Bündnisabkommen mit Finnland respektierte und Finnland schließlich zu einem russischen Gouvernement machte, ebenso hat es Georgien behandelt. Trotzdem lebte im Lande der freie Wille und schaffte sich Rechte, die die Russen nicht verwehren konnten. Die Bildung der Transkaukasischen Republik war ein Versuch, der sich nicht bewährte. Diese Republik schloß Georgien also das Westgebiet des Kaukasus, das Tartarenland im Osten und das armenische Gebiet im Süden in sich. Auch bei dieser jetzt zerfallenen Republik machte sich der georgienische Einfluß geltend, denn in Georgien leben staatsmännisch veranlagte Leute, die das Regieren verstehen. Nicht zuletzt hat der Vormarsch der Türken im Kaukasus die transkaukasische Republik begraben, aber er ist auch der äußere Anlaß, weshalb sich Georgien an seine Geschichte erinnerte. Die Folge wird denn jetzt auch sein, daß die türkischen Wünsche in Kaukasus viel schwerer in Erfüllung gehen werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Abhängigkeit Georgiens angetastet wird, und wahrscheinlich wird sich um diese Republik eine Tartarenrepublik und eine Republik Armenien bilden. Damit wird auch die Frage gelöst sein, wieweit die Sowjetrepublik Interesse am Kaukasus nehmen darf. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein Grundsatz, den die Sowjetregierung als Verfechter dieses Prinzips am wenigsten unbeachtet lassen darf. Folglich hat sie die neue Republik anzuerkennen und diese wieder hat das Recht, sich dort anzufreunden, wo sie die meisten wirtschaftlichen und politischen Vorteile erhofft. Die Bewohner Georgiens bringen denn angeblich auch vornehmlich Deutschland ein besonderes Interesse entgegen und sind geneigt, mit Deutschland in enger Beziehung zu bleiben.

Parlamentarisches.

Regierungserklärung für die Besitzsteuern.

In der Montag-Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages erklärte Reichsschatzsekretär Graf Roedern u. a.: Die Reichsfinanzverwaltung ist mit den verbündeten Regierungen über die kurz vor der Pfingstpause erörterten Fragen unter Ergänzung des Krigesabgabengesetzes für die Gesellschaften in Verbindung getreten. Als Ergebnis dieser Verhandlungen kann ich mitteilen, daß der Bundesrat sich inanbetracht der weiteren Höhe der Kriegsausgaben, der zurzeit nicht abzusehenden Dauer des Krieges, dem in den Anträgen Groeber und Westarp hervorgetretenen Wunsch nach Vermehrung der Einnahmen für 1918 durch eine einmalige außerordentliche Besitzabgabe auch der physischen Personen für dieses Steuerjahr nicht verschließt. Aus der Mehreinkommensteuer sind 850 Millionen Mark und aus der einmaligen Vermögenssteuer etwa 350 Millionen Mark zu erwarten, sodaß der Ertrag von 1200 Millionen Mark auch auf diese Weise erreicht werden dürfte. Für die Mehreinkommensteuer und die Vermögenssteuer steht also die Zustimmung des Bundesrats in Aussicht, nicht aber für die Einkommensteuer. Abg. Müller-Fulda: Damit wird in der Hauptsache erreicht, was Ausschuß und Reichstag wollten. Ein geeigneter Weg zur Verständigung zwischen Bundesrat und Reichstag ist gefunden. Der Vorschlag, nur die Vermögen über 50 000 Mark zu besteuern (anstatt über 20 000 Mark, wie es der Antrag Groeber will), entspricht auch meinen Wünschen.

Keine Sonderbesteuerung der Fideikommisse.

Zu einem vom Abg. Waldstein (Fortschr.) in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags gestellten Antrag, einen neuen Artikel 7a zu schaffen, wonach die Aufstellungen derjenigen, denen die Nutzung fideikommissarisch gesicherten Vermögens zusteht, über das steuerpflichtige Einkommen aus diesem Vermögen mit 10 v. H. besteuert und die Abgabe auch dann erhoben werden soll, wenn eine Aufstellung nicht gefertigt wird, erklärt Staatssekretär Graf von Roedern: Der Antrag betrifft einen Teil der Einkommensteuer, die hier nicht zur Erörterung steht. Die verbündeten Regierungen können sich nicht auf den Boden des Antrages stellen. In einer weiteren Erklärung bemerkt Staatssekretär Graf von Roedern: In das verschieden gestaltete Recht der Fideikommisse kann hier nicht durch eine Sondersteuer eingegriffen werden. Es möge doch berücksichtigt werden, daß in der Frage der Besitzsteuern den Finanzministern nicht das Zeugnis versagt werden kann, daß sie den Vorschlägen des Reichstags trotz großer grundsätzlicher Bedenken weit entgegengekommen sind. Ich glaube aber, daß sie hier aus prinzipiellen Gründen Widerspruch werden leisten müssen.

Die Weinsteuer.

Der Ausschuß des Reichstages zur Vorberatung der Getränkesteuern begann gestern die zweite Lesung des Weinsteuer-Entwurfes. Es wurde ein Kompromißantrag beraten, die Weinsteuer, deren Ermäßigung von 20 auf 10 Prozent in erster Lesung beschlossen worden war, wiederum auf 20 Prozent festzusetzen, aber den Bundesrat zu ermächtigen und auf Verlangen des Reichstages zu verpflichten, nach Beendigung des Krieges diesen Satz für Weine bis zu 2 Mark das Liter auf 15 Prozent zu ermäßigen. Zur Abstimmung kam es noch nicht.

Das Arbeitskammergesetz.

Im Reichstagsausschuß zur Vorberatung des Arbeitskammergesetzes gab gestern Geheimer Oberregierungsrat Sieffart im Auftrage des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts folgende Erklärung ab: Zu dem Beschluß, den der Ausschuß durch Annahme des § 1, Absatz 1 des Antrages Bender und Genossen (Errichtung von Arbeitskammern auf räumlicher Grundlage, ohne Fachkammern, zur Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer neben der Vertretung der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) gefaßt hat, kann die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht in Aussicht gestellt werden. Für seine Person hat sich der Herr Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts schon bereit erklärt, den Antrag Trimborn (Fachkammern für die hauptsächlichsten Industrie- und Berufsgruppen, Territorialkammern für die übrigbleibenden Gewerbezweige) zu befürworten. Diese Erklärung löste bei der Mehrheit des Ausschusses Widerspruch aus. Nach einer ausführlichen Geschäftsordnungserörterung wurde beschlossen, die Verhandlungen bis auf weiteres abzubrechen, um zunächst den Fraktionen Gelegenheit zu geben, Stellung zu der neuen Lage zu nehmen.

Provinzialnachrichten.

Briesen, 10. Juni. (Der erste kirchliche Jugendpflegetag des Kirchenkreises Briesen) wurde am Sonntag im hiesigen Vereinshause unter außerordentlich großer Beteiligung von evangelischen Bewohnern aller Teile des Kreises abgehalten. Unter den zahlreichen Gästen befand sich auch Generalsuperintendent D. Reinhard. Die verschiedenen Redner betonten, daß es höchste Zeit sei, daß eine kraftvolle Bewegung zum besten der Jugend einsetze. Den Schluß der Veranstaltung bildete ein Gemeindeabend, der verschönt wurde durch Gesänge, Deklamationen und Theateraufführungen.

r **Graudenz**, 11. Juni. (Schwere Diebstähle) sind in den letzten Nächten wiederum in der ländlichen Umgebung von Graudenz ausgeführt worden. Dem Eigentümer Schittkowski in Hilmarsdorf wurden allein 48 Hühner aus dem verschlossenen Stalle entwendet. Dem Besitzer Reinhold Nickel in Klein Lubin schlachteten Diebe eine tragende Sterke auf der Weide ab und ließen nur den Kopf des Tieres zurück. Dem Besitzer Mathies in Liebenwalde wurde von der Weide eine Kuh im Werte von 1000 Mark in vergangener Nacht gestohlen. Zwei Pferde von hohem Werte entwendeten Diebe dem Domänenpächter Kopper in Altmark. Sie nahmen außerdem Geschirre und Sättel mit. Der Bestohlene hat eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Einer Besitzerfrau in Sackrau wurden durch nächtlichen Einbruch mehrere Seiten Speck, Schinken und frisch gebackene Brote gestohlen. In allen Fällen fehlt von den Dieben jede Spur.

r **Argenau**, 11. Juni. (Stadtverordnetensitzung.) In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden für die Ludendorff-Spende 300 Mark und dem Stadtwachtmeister a. D. Stelter 100 Mark Kriegsteuerungszulage jährlich bewilligt. In der Bewilligung der Kriegszulagen für die städtischen Beamten und Angestellten nach den Sätzen für die Staatsbeamten, wie vom Minister angeordnet worden ist, konnte kein Beschluß erzielt werden, weshalb die Vorlage an den Magistrat zurückverwiesen wurde. Außerhalb der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bezüglich der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung der Stadt Argenau, die in jeder Beziehung mehr als mangelhaft ist, an zuständiger Stelle ernsthafte Schritte zu unternehmen, damit hier Wandel geschaffen wird. — Für die Ludendorff-Spende sind in der Stadt durch Sammlung 550 Mark aufgebracht worden. Auch in beiden Schulen wurden nennenswerte Beträge gesammelt.

d **Strelno**, 11. Juni. (In der Stadtverordnetenversammlung) der Stadt Kruschwitz wurde zur Ludendorff-Spende ein Betrag von 500 Mark bewilligt.

Stettin, 9. Juni. (Ein Mordprozeß) beschäftigte am Freitag das Gericht des Kriegszustandes in Stettin, vor dem sich der in Haft befindliche 22 Jahre alte Arbeiter Joseph Polack verantworten mußte. Am Morgen des 26. März dieses Jahres wurde, wie seinerzeit berichtet, in der Arbeiterkaserne der Zuckerfabrik Friedrichsthal bei Pyritz in einem Kohlenverschlage unter der Treppe der Arbeiter Orewiczek erhängt aufgefunden. Angestellte Wiederbelebungsversuche waren erfolgreich, worauf Orewiczek in der Obhut des Polack, der schon zuvor bei dem Erhängten betroffen war, angeblich, um ihn abzuschneiden, in einem der Schlafzimmer allein gelassen wurde. Nach etwa einer Viertelstunde erschien der Angeklagte in dem allgemeinen Aufenthaltsraum mit der Meldung, daß Orewiczek tot sei. Der Verdacht, ihn getötet zu haben, fiel auf Polack. Die Anklagebehörde nahm an, daß P. den O. zuerst erwürgt und dann, um einen Selbstmord vorzutäuschen, erhängt und den ins Leben Zurückgerufenen durch Mißhandlungen getötet habe. Polack bestritt jede Schuld, mußte jedoch einräumen, diesem 180 Mark geraubt zu haben. Die Leichenöffnung ergab übrigens, daß Orewiczek schwer mißhandelt worden war; denn er hatte drei Rippenbrüche und einen Bluterguß in die Bauchhöhle davongetragen. Als Täter kam nur der Angeklagte infrage. Das Urteil lautete auf Todesstrafe.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 13. Juni. 1917 Bombardierung Londons durch deutsche Flugzeuge. Ergebnislose Sprengung des großen englischen Minensystems im Wytschaetebogen. 1916 Scheitern eines siebenmaligen russischen Angriffes bei Baranowitschi. 1915 Erstürmung von Kalnik, Mlyny, Tuchla. 1918 Straßenkampf in Konstantinopel. 1905 Ermordung des griechischen Ministerpräsidenten Delyannis. 1886 † König Ludwig II. von Bayern. 1878 Beginn des Berliner Kongresses. 1877 * Herzog Ulrich von Württemberg. 1854 Einnahme von Adrianopel durch die Franzosen. 1851 * Admiral Haus, Kommandant der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte. 1810 † J. G. Seume, deutscher Schriftsteller. 1231 † Antonius von Padua, der Heilige. 323 v. Chr. Alexander der Große zu Babylon.

Thorn, 12. Juni 1918.

— (Juwelen- und Goldankaufswoche.) Unter der Schirmherrschaft des Herrn Oberpräsidenten von Jagow findet in ganz Westpreußen in der Zeit **vom 16. bis zum 23. Juni** eine Juwelen- und Goldankaufswoche statt. Manchem wird es zweifelhaft erscheinen, ob diese Veranstaltung einen wesentlichen Erfolg bringen wird, da doch nun schon seit zwei Jahren der Ruf ertönt: Bringet Euren Juwelen- und Goldschmuck zu den Goldankaufsstellen! Der Ruf erklang auch nicht vergebens. Alt und jung brachten große Mengen an Schmuck heran, der dem Vaterlande dann namentlich bei dem Einkauf von Lebensmitteln im Auslande gute Dienste leistete. Immerhin ist nur ein Teil des Goldschmucks und ein sehr kleiner Teil des Juwelenschmucks abgeliefert worden. Auch viele Goldstücke werden noch heimlich verwahrt; nimmt man doch an, daß dieser Hamsterschatz sich auf nahezu ⅓ Milliarde beläuft. Wer bis jetzt noch einen Teil seines Goldes zurückgehalten hat, muß einsehen, daß die Länge des Krieges auch die Herausgabe des letzten Restes nötig macht. Dem aber, der bis jetzt nichts von seinem Golde und seinen Juwelen hergegeben hat, wird jetzt Gelegenheit gegeben, das Versäumte nachzuholen.

— (Auf dem Felde der Ehre gefallen) sind aus unserem Osten: Gerichtsaktuar Paul Schmalz aus Schwetz; Unteroffizier Wladislaus Lewandowski aus Thorn-Mocker; Musketier Friedrich Karpinski aus Graudenz; Gefreiter Bruno Ellerbeck aus Thorn, der seinem schon früher gefallenen älteren Bruder folgte; Sergeant Richard Wunsch aus Neubruch, Landkreis Thorn; Xaver Czajkowski aus Lansen, Kreis Thorn; Gefreiter Oskar Engel aus Steinau, Landkreis Thorn; Franz Rotzoll aus Lippinken, Kreis Schwetz; Lucian Rugowski aus Bienkowko, Kreis Culm.

— (Das Eiserne Kreuz.) Mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse wurden ausgezeichnet: Musketier Hermann Kampf aus Dietrichsdorf bei Culmsee; Unteroffizier Worm aus Pissakrug bei Strasburg; Gefreiter Bruno Streich aus Riesenburg.

— (Personalien von der Justiz.) Der frühere Gerichtsassessor Dr. Alfred Wiener ist in die Liste der Rechtsanwälte bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Thorn eingetragen worden.

— (Königliche Kreiskasse Thorn.) Der königl. Rentmeister der Kreiskasse Thorn, Rechnungsrat Landgraf, zurzeit in Urlaub, tritt am 1. Juli d. Js. in den Ruhestand über. Der bisherige Vertreter, königl. Rentmeister Sommer, befindet sich seit dem 5. d. Mts. in Urlaub; die Amtsgeschäfte der Kreiskasse werden von dem Assistenten Höhne versehen.

— (Fünfzehn Milliarden Mark!) Das Ergebnis der achten Kriegsanleihe stellt sich nach Ablauf der Feldzeichnungsfrist (18. Mai) nunmehr auf 15 001 425 400 Mark. Die bei der ersten Meldung ausgesprochene Erwartung einer weiteren Erhöhung hat sich also durch Hinzukommen von rund einer Viertelmilliarde Mark erfüllt.

— (Kommunalbeamten-Tag.) Der Provinzialverband Westpreußen des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens hielt am Sonntag in Zoppot seine 19. Hauptversammlung ab. Der vom Vorsitzer für die Jahre 1914 bis 1917 erstattete Geschäftsbericht ließ erkennen, unter welchen Schwierigkeiten die Verbandsleitung in den vergangenen vier Kriegsjahren ihre Aufgaben zu erfüllen hatte. Nach Erstattung der Berichte des Kassenführers und der Rechnungsprüfer wurden der Unterstützungskasse 200 Mark bewilligt und der Ludendorff-Spende 100 Mark überwiesen. Nach Genehmigung einer vom Vorstande beantragten Satzungsergänzung erfolgte die Beratung des Punktes 6 der Tagesordnung: „Gleichstellung der Kommunalbeamten in der Besoldung mit den Reichs- und Staatsbeamten.“ In durchaus sachlichen, sehr gehaltvollen Ausführungen schilderte Magistrats-Bürodirektor Koch-Thorn die Fülle von Aufgaben, welche die Gemeindebeamten zu erledigen haben, und welche Unmenge von schwierigen Arbeiten diesen insbesondere während des Krieges auferlegt worden ist. Gern und willig haben die Gemeindebeamten diese Lasten auf sich genommen, leider seien aber die Gegenleistungen in einer sehr großen Anzahl von Gemeinden ausgeblieben. In einer Zeit, in der an die Gemeindebeamten hinsichtlich Vorbildung und Prüfung dieselben Bedingungen gestellt würden wie an die Reichs- und Staatsbeamten, sei es billig, wenn sie verlangen, daß ihnen unter Berücksichtigung ihrer Leistungen mindestens dieselben Besoldungen gezahlt werden, wie sie die Reichs- und Staatsbeamten erhalten. Nachdem Oberstadtsekretär Fröhlich-Dirschau die mit großem Beifall belohnten Ausführungen des Herrn Koch noch ergänzt hatte, fanden die Leitsätze der Verbandsleitung: „Gleichstellung in der Besoldung mit den Staatsbeamten“ einstimmige Annahme. — Am Schlusse der Versammlung beantragte Oberstadtsekretär Fröhlich-Dirschau, zur Durchführung der seitens der Gemeindebeamtenschaft gesteckten Ziele die Anstellung eines Verbandssyndikus für den nahezu 40 000 Mitglieder zählenden Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens. Dieser Antrag verursachte eine lebhafte Aussprache. Bürodirktor Koch-Thorn sprach dafür, der 2. Vorsitzer des Zentralverbandes, Betriebsinspektor Jenke-Danzig, dagegen. Da festgestellt wurde, daß inzwischen bereits ein gleicher Antrag vom Provinzialverband Rheinland gestellt worden ist, erübrigte sich ein solcher für Westpreußen. Nach Erledigung der Tagesordnung fanden die Teilnehmer sich mit ihren Damen im Kurgarten zusammen.

— (Die gestrigen artistischen Vorführungen) des Herrn Camilio Mayer auf dem Kasernenhofe der 176er zugunsten der Ludendorff-Spende erfreuten sich abermals eines regen Besuches. Ebenso wie die Kunststücke des Herrn Mayer selbst, errangen auch die Vorführungen seiner Partnerin Fräulein Frieda Joedecke, einer Anfängerin, wohlverdiente Anerkennung. — Auf die morgige Veranstaltung, den Gang auf dem Turmseil über die Weichsel, sei an dieser Stelle noch besonders hingewiesen. Schon mit Rücksicht darauf, daß Herr Mayer, sein Leben für seine verwundeten Kameraden aufs Spiel setzend, den ganzen Reinertrag der Ludendorff-Spende zuführt, ist mit einem starken Besuch dieser Veranstaltung, die in Thorn bisher nicht gesehen, wohl ohne weiteres zu rechnen.

— (Thorner Stadttheater.) Aus dem Theaterbüro: Am Donnerstag kommt „Der Vogelhändler“ zur ersten Aufführung. Der Freitag bringt eine Wiederholung von „Schwarzwaldmädel“. Am Sonnabend findet als zweite Vorstellung bei ermäßigten Preisen „Wie einst im Mai“ statt.

— (Odeon-Lichtspiele.) Die Wohltätigkeitsvorstellung zugunsten der Ludendorff-Spende ergab einen Reinertrag von 300 Mark.

— (Beim Baden ertrunken.) Gestern Nachmittag ertrank beim Baden in der Weichsel, in der Nähe der Eisenbahnbrücke an der Sandbank, der 16jährige Erich Kunkel, Sohn des im Felde stehenden Tischlers Hermann Kunkel, Thorn-Mocker, Ulmen-Allee 5. Beim Auffinden der Leiche wird gebeten, die schwergeprüften Eltern hiervon zu benachrichtigen. — Da das Baden an tiefen Stellen überhand nimmt, wäre es wohl gerechtfertigt, wenn die Polizei mit dem Verbot strenger vorgehen würde.

— (**Ein Einbruchsdiebstahl**) ist im Hause der Frau Baugewerksmeister Bock, Culmerstraße 11/17, verübt worden. Die Diebe, die mit den Räumlichkeiten sehr vertraut gewesen sein müssen, entwendeten aus der Vorratskammer Kartoffeln und andere Lebensmittel.

— (**Der Polizeibericht**) verzeichnet heute keinen Arrestanten.

Aus dem Landkreise Thorn, 11. Juni. (Jugendpflegetag.) Am Sonntag, 16. Juni, findet in der Schlucht bei Heselicht eine Jugendpflegeversammlung statt, bei der die Schulkinder und die schulentlassene Jugend der Schulbezirke Luben, Birglau und Umgegend mitwirken werden. Der Abmarsch der Teilnehmer von der Schule Luben II ist auf 3½ Uhr festgesetzt. Inanbetracht der guten Sache ist zahlreiche Beteiligung sehr erwünscht. Herr Kreisschulinspektor Wolff aus Culmsee und Herr Pfarrer Keister aus Biskupitz haben Ansprachen zugesagt.

Aus dem besetzten Ostgebiet, 11. Juni. (Das polnische Landtagswahlrecht.) Der polnische Regentschaftsrat hat den Beschluß des Ministerrats betr. die Einberufung des Staatsrates genehmigt, sodaß am 22. Juni die feierliche Eröffnung des Staatsrates stattfinden wird. Der Entwurf der Landtagswahlordnung, der vom Ministerrat dem Regentschaftsrat zur Genehmigung vorgelegt ist, sieht das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Stimmrecht mit gewissen Eigenschaften des Proportionalwahlrechts vor. Jeder Wahlkreis soll nämlich mehrere Abgeordnete wählen, wobei die Abstimmung mit Hilfe von Listen erfolgt. Das aktive Wahlrecht steht jedem Staatsbürger mit vollendetem 25. Lebensjahr zu, das passive jedem über 30 Jahre. Der Entwurf der Wahlordnung für den Senat (Oberhaus) bestimmt, daß die eine Hälfte der Mitglieder aus Wahlen, die andere aus Ernennung hervorgehen soll.

Ein Thorner Zucker-Schleichhandel vor dem Schöffengericht.

Ein in Thorn aufgedeckter Schleichhandel mit Zucker kam in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts unter Vorsitz des Herrn Amtsrichters Dommes zur Verhandlung. Zu Schöffen waren die Herren Rechnungsrat Gestwicki und Rentner Goetz berufen. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Amtsanwalt Stoermer.

Angeklagt waren: 1. Honigkuchenfabrikant Johann Ruchniewicz-Thorn-Mocker, 2. Kaufmann Joseph Przygodzinski, seit dem 24. April verhaftet, 3. Kaffeehausbesitzer (Kaffee „Kronprinz") Robert Müseler, 4. dessen Ehefrau Susanne Müseler, die Inhaberin des genannten Kaffeehauses, und 5. Oberkellner Herbert Beyer aus Thorn. Nach dem verlesenen Anklagebeschluß wurden alle Angeklagte des **gewerbsmäßigen Schleichhandels**, sowie Ruchniewicz und Przygodzinski der **übermäßigen Preissteigerung** (Kriegswuchers) beschuldigt.

Da der Angeklagte Robert Müseler seit einigen Tagen zum Heeresdienst einberufen ist, muß das Verfahren gegen ihn einstweilen ruhen.

Der Honigkuchenfabrikant R. kaufte am 3. April 1916 von der Westpreußischen Zucker-Raffinerie in Danzig 200 Zentner Zucker zum Preise von 23,50 Mark für den Zentner. Ende April desselben Jahres wurde durch die Behörde eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Zuckerbestände angeordnet. Alle Besitzer hatten ihre Zuckermengen anzumelden. Die Anklage macht R. zum Vorwurf, daß er es unterlassen hat, die bezogenen 200 Zentner Zucker bei der zuständigen Behörde des Lagerungsortes anzumelden.

Der Kaffeehausbesitzer M. konnte mit der ihm gelieferten Zuckermenge von 2 Zentnern für den Monat in seinem Geschäftsbetriebe nicht auskommen. Er sah sich daher nach einer Gelegenheit um, noch anderweitig Zucker zu kaufen. Dem ihm bekannten Kaufmann P. gab er den Auftrag, ihm Zucker zu besorgen. P. wandte sich darauf an den Honigkuchenfabrikanten R., ihm Zucker zu verkaufen. Letzterer erklärte sich schließlich bereit, ihm 16 Zentner, die an einer nicht sonderlich sicheren Stelle lagerten, für 200 Mark den Zentner abzulassen. Am 23. April, spät abends nach 11 Uhr, wurde der Zucker von Mocker zur Stadt gefahren. P. erwartete das Fuhrwerk in der Mauerstraße und führte es sogleich zum Hinterhause des Kaffee „Kronprinz". Hier wurden nun 8 Sack, die je einen Doppelzentner enthielten, abgeladen. 10 Zentner verkaufte P. an die herbeigerufene Frau M. zum Preise von 225 Mark den Zentner und erhielt sogleich den Betrag von 2250 Mark ausgezahlt. Die anderen sechs Zentner wollte der ebenfalls anwesende Oberkellner Herbert B. für den gleichen Preis erwerben und ließ sie einstweilen in demselben Raume unterstellen. Am nächsten Tage fand infolge einer Anzeige eine polizeiliche Nachsuchung in den Räumen des Kaffee „Kronprinz" statt, und dabei wurde der verschobene Zucker vorgefunden und beschlagnahmt. R. hat eine Bezahlung für die 16 Zentner Zucker von P. nicht erhalten, da dieser sogleich verhaftet wurde.

Der Amtsanwalt beantragte gegen R. wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels 10 Monate Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren und Einziehung sämtlicher Zuckervorräte, sowie wegen übermäßiger Preissteigerung 6000 Mark Geldstrafe, Einziehung des übermäßigen Gewinns von 2800 Mark und Einziehung der 16 Zentner verschobenen Zucker und öffentliche Bekanntmachung; gegen P. wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels 9 Monate Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 1 Jahr; gegen Frau M. wegen Schleichhandels 2 Wochen Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; gegen B. wegen Schleichhandels 6 Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Im Nichtbeitreibungsfalle sollte für je 10 Mark der Geldstrafen 1 Tag Gefängnis treten, bei Ruchniewicz bis zu 1 Jahre.

Die Verteidiger, Justizrat Feilchenfeld für B., Rechtsanwalt Mielcarcewicz für P. und Rechtsanwalt Stenzel für R., vertraten die Ansicht, daß gewerbsmäßiger Schleichhandel den Angeklagten nicht nachgewiesen sei, und beantragten deren Freisprechung. Herr Justizrat Feilchenfeld führte u. a. aus, daß unter den jetzigen Verhältnissen der Schleichhandel mit größter Milde beurteilt werden müsse. Allgemein sei zugegeben, daß man mit der zugeteilten Ration nicht auskomme und dabei nicht bestehen könne, während das Land als Selbstversorger besser daran und manches abzugeben imstande sei. Der Schleichhändler, der etwas von dem ländlichen Überschuß den Städtern bringe, werde daher als Wohltäter betrachtet, ohne den man nicht auskomme. Wenn die Knappheit an Lebensmitteln und die Not aufhöre, werde auch der Schleichhandel wieder aufhören. Betreffs des Angeklagten Ruchniewicz wurde von der Verteidigung geltend gemacht, daß R. Bezahlung nicht erhalten, der Zucker auch ohne sein Vorwissen aus dem Lager genommen worden sei.

Der Gerichtshof erachtete P., Frau M. und B. des gewerbsmäßigen Schleichhandels, sowie P. und R. der übermäßigen Preissteigerung (Kriegswuchers) für schuldig und verhängte dafür folgende Strafen: P. 5 Monate Gefängnis und 500 Mark und 720 Mark Geldstrafe; R. 5648 Mark Geldstrafe; Frau M. 1 Woche Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe; Oberkellner B. 1 Woche Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Im Nichtbeitreibungsfalle tritt für je 10 Mark Geldstrafe 1 Tag Gefängnis ein, bei R. bis höchstens 1 Jahr. Die beschlagnahmten 16 Zentner Zucker werden eingezogen.

Da gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werden soll, wird sich mit der Sache auch noch die Strafkammer zu beschäftigen haben.

Briefkasten.

(Bei sämtlichen Anfragen sind Name, Stand und Adresse des Fragestellers deutlich anzugeben. Anonyme Anfragen können nicht beantwortet werden.)

Ein Leser. Die eisernen Öfen in den Fremdenzimmern müssen als zur Gasthof-Einrichtung gehörig angesehen werden und deshalb als mitverkauft gelten. In einem früheren Falle durfte sogar ein Sopha nicht aus dem Gastzimmer herausgenommen werden.

Liebesgaben für unsere Truppen.

Es gingen weiter ein:

Sammelstelle bei Frau Kommerzienrat Dietrich, Breitestraße 35: L. K. 150 Mark für den Hauptbahnhof, Gruppe Dietrich; Herr Paech 30 Pfund Spargel für den Hauptbahnhof.

Letzte Nachrichten.

Die Riesenbeute seit dem 21. März.

Berlin, 12. Juni. Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an Deutschland verlor, hat sich auf über 205 000 erhöht. Desgleichen ist die Geschützbeute, die bisher 2250 betrug, infolge des neuen deutschen Sieges zwischen Montdidier und Noyon gewachsen. Die Entente hat nunmehr auf den verschiedenen Angriffsfronten das gesamte auf über 270 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hintereinander liegenden Verteidigungszonen mit ungezählten Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren. Die blutigen Verluste haben diese ungeheuren Zahlen gesteigert.

Das polnische Hilfskorps vor dem Feldgericht.

Marmaros Sziget, 11. Juni. In der Hauptverhandlung gegen die Angeklagten des aufgelösten polnischen Hilfskorps wurde heute die Vernehmung des Legionshauptmanns Intendanten Gorecki fortgesetzt. Der Angeklagte schilderte die Ereignisse vom 15. März 1918 und erklärte, er habe am Vormittag den Befehl erhalten, die Truppen marschbereit zu halten, um sodann, wenn keine Weisung vom Regentschaftsrat aus Warschau bis 4 Uhr nachmittags eintreffe, unter dem Deckmantel einer Nachtübung das beabsichtigte Durchschleichen zwecks Vereinigung mit den Truppen des Generals Musnicki durchführen zu können. Den Stab des Generals Szielinski und die ihm zugeteilten Offiziere, welche den Beschluß der Legionäre nicht billigen wollten, habe Gorecki unter militärischen Zwang genommen und beim Abmarsch der Truppen mitgeführt. Der Abmarsch ging gegen Porancze, wo er von einer Sturmpatrouille gefangen wurde. Die Anklage wegen Diebstahls wies der Angeklagte zurück. Auf eine Anklage des Verhandlungsleiters, ob ihm die kaiserliche Entbietung vom November 1916, nach der die Legionäre weiterhin österreichisch-ungarische Staatsangehörige bleiben, bekannt sei, und wie er das Fehlen einer Antwort auf sein Gesuch um Entlassung aus der österreichisch-ungarischen Staatsbürgerschaft auffasse, wies Gorecki auf das kaiserliche Abschiedsschreiben an die Legionäre hin, welches er als Entlassung aus dem österreichischen Militärverbande und als offizielle Anerkennung der polnischen Armee betrachte, der er von nun an als Offizier angehöre. Er habe zwar dem Staatsrat keinen Eid geleistet, hätte aber geglaubt, daß er von seinen Pflichten als österreichisch-ungarischer Staatsbürger entbunden sei. Im weiteren Verlauf der Verhandlung verweigerte Gorecki die Angabe, von wem er die Befehle und Instruktionen zum Abmarsch erhalten habe, gab jedoch zu, voreilig gehandelt zu haben, da ihm nachträglich zur Kenntnis gebracht worden sei, daß in der Nacht vom 14. zum 15. Februar die Weisung des Staatsrats eintraf, den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten.

Gegen das englische Raubritter-Unwesen.

Bern, 11. Juni. „Progres de Lyon" vom 7. Juni zufolge ließen die englischen Militärbehörden in Arras folgende Befehle anschlagen: „Befehl für die englischen Truppen in Arras. Es ist jetzt jedem Offizier, Unteroffizier und Soldaten verboten, 1. ein Haus zu betreten, welches nicht auf seinem Quartierschein verzeichnet ist; 2. Mobiliarstücke, welche Einwohnern oder der französischen Regierung gehören, zu beschädigen, zerstören oder fortzuschaffen; 3. Kellertüren und Möbel, die vernagelt, verschlossen oder versiegelt sind, zu öffnen; 4. Möbel von einem Haus in ein anderes zu schaffen usw. Der Befehl schließt: Es muß für jeden unserer Armee eine Ehre sein, unsere Alliierten, die von Hause abwesend sind und an der Seite der englischen Soldaten für eine edle Sache kämpfen, zu bewahren und zu beschützen."

Die deutsche Maschinengewehr-Offensive.

Genf, 11. Juni. Ein Kriegsbericht in französischen Zeitungen besagt, daß die Deutschen bei ihrer Offensive zwischen Montdidier und Noyon in ganz großer Zahl Maschinengewehre verwenden, mehr als je zuvor. Sie haben besonders leichte Maschinengewehre auf leichten Karren, die ohne irgendwelche Schwierigkeit vorgebracht werden können. Außerdem verwenden die Deutschen leichte Feldgeschütze auf zwei Rädern, zu deren Beförderung und Bedienung nur zwei Mann nötig sind.

Frieden zwischen Türkei und Südkaukasien.

Konstantinopel, 11. Juni. Wie die Blätter melden, berichtet der Justizminister Hahil Bei aus Batum, daß der Frieden mit den Delegierten Südkaukasiens unterzeichnet sei.

Berliner Börsenbericht ausgeblieben.

Berliner Produktenbericht

vom 11. Juni.

Die preußischen Ausführungsbestimmungen zur neuen Reichsgetreideordnung sind nunmehr herausgekommen, und lauten bezüglich des Handels, wenn auch nicht dem Wortlaut nach, so doch in der Wirkung wie im letzten Jahre. Vom hiesigen Verkehr ist nichts zu berichten. Von Seradella räumt sich die aus Polen gekommene Ware, und angesichts der nicht besonders günstigen Aussichten für die neue Ernte suchen sich die Händler Offerten zu sichern. Die Preise für Oelsaaten für die Ernte 1918 sind bekannt gegeben worden und betragen für Raps 85 Mk., für Rüben 83 Mk. per 100 kg, sind also gegen die jetzigen Preise unverändert. Die Landwirte können sich nunmehr dementsprechend entscheiden, ob sie den Anbau weiter vergrößern wollen. Im Rauhfuttergeschäft hat sich nichts verändert. Wetter: schön.

Wasserstände der Weichsel, Brahe und Netze.

Stand des Wassers am Pegel

der	Tag	m	Tag	m
Weichsel bei Thorn	12.	0,4	11.	0,6
Zawichost	—	—	—	—
Warschau	12.	0,70	11.	0,70
Chwalowice	10.	1,30	9.	1,35
Zakroczyn	—	—	—	—
Brahe bei Bromberg O.-Pegel	—	—	—	—
U.-Pegel	—	—	—	—
Netze bei Czarnikau	—	—	—	—

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 12. Juni, früh 7 Uhr.

Barometerstand: 765 mm
Wasserstand der Weichsel: 0,4 Meter.
Lufttemperatur: + 12 Grad Celsius.
Wetter: trocken. Wind: Nordwesten.
Vom 11. morgens bis 12. morgens höchste Temperatur: + 34 Grad Celsius, niedrigste + 10 Grad Celsius.

Wetteransage.

(Mitteilung des Wetterdienstes in Bromberg.)

Voraussichtliche Witterung für Donnerstag den 13. Juni: Wolkig, etwas kühler, einzelne Regenschauer.

Standesamt Thorn-Mocker.

Vom 2. bis einschließlich 8. Juni 1918 sind gemeldet:

Sterbefälle: 1. Arbeiter Johann Draszkowski, 39 J. — 2. Johann Gawarkiewicz, 3 Stunden. — 3. Reservist, landwirtschaftlicher Arbeiter Franz Soltysik, 25 J. — 3. Marie Dombrowsk, 3 J. — 5. Eisenbahnschaffnerfrau Emma Thiel, geborene Seehaver, 33 J. — 6. Musketier, Tischlergeselle Dominik Mackowski, 19 J., 10 M. — 7. Fahrsteigerwitwe Adelheid Hesse, geborene Seidler, 90 J. — 8. Besitzerfrau Julianna Dobslaff, geborene Jabs, aus Eigenheim, Kreis Hohensalza, 54 J. — 9. Arbeiter Lorenz Drouschkowski, 86 J.



Tief erschüttert erhielten wir die für uns unfaßliche Nachricht, daß am 31. Mai auch unser zweiter und letzter Sohn, unser unvergeßlicher, fürsorglicher Bruder, mein inniggeliebter Bräutigam

Bruno Ellerbeck

Gefr. beim Stabe eines Inf.-Regts.,
Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl.,

in den schweren Kämpfen im Westen im blühenden Alter von 23 Jahren den Tod für's Vaterland erlitten hat.

Thorn den 12. Juni 1918.

In namenlosem Schmerz:

August Ellerbeck und Frau,
Emma Ellerbeck,
Hedwig Ellerbeck,
Anna Lapinski.

Ganz plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß am 26. Mai mein heißgeliebter, unvergeßlicher Mann, treusorgender Vater seines einzigen Kindes, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Onkel und Schwager, der

Sergeant

Richard Wunsch

Inhaber des Eisernen Kreuzes,

im vollendeten 30. Lebensjahre den Heldentod fürs Vaterland im Westen gefunden hat.

Neubruch den 11. Juni 1918.

In tiefer Trauer:

Emma Wunsch, geb. **Krüger,**
Else Wunsch, Tochter.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom liebsten, was man hat, muß scheiden.

Gestern erhielten wir die traurige Nachricht, daß in den schweren Kämpfen im Westen am 31. Mai unser lieber, guter, unvergeßlicher Sohn und Bruder

Herbert Hellwig

Musketier im Inf.-Regt. 175,

in treuer Pflichterfüllung den Heldentod für's Vaterland im blühenden Alter von 19 Jahren gefunden hat.

Thorn den 12. Juni 1918.

Im tiefen Schmerz:

Telegraphensekretär Hellwig nebst Frau und Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau und guten Mutter sage ich Allen, insbesondere Herrn Superintendenten Waubke für die trostreichen Worte am Grabe, im Namen der Hinterbliebenen herzlichen Dank.

Thorn den 12. Juni 1918.

Karl Gerlach.

Für die Beweise der Anteilnahme anläßlich des Heimganges unserer lieben Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Schwiegermutter sagt herzlichen Dank.

Thorn den 12. Juni 1918.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Marie Tarrey.

Wer erteilt einem Mittelschüler
Nachhilfestunden in Französisch?
Angebote unter **S. 1718** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Wer erteilt billigen
Geigenunterricht?
Angebote unter **Z. 1725** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Auf gute Hypothek
größere Summe zum 1. Juli od. spät. zu vergeben. Angebote unter **J. 1684** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Suche an guten, bürgerlichen,
privaten Mittagstisch
teilzunehmen. Angebote unter **W. 1722** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Dem kleinen Lesuetchal zum Geburtstage
ein donnerndes Hoch
daß die ganze Gerechtestr. wackelt.
Die Unzertrennlichen.

Zurückgekehrt Dr. Piskorski.

Oeffentliche
Versteigerung.

Freitag den 14. d. Mts.,
vormittags 10 Uhr,
werde ich im Saale der Reichskrone, Katharinenstraße 7, hierselbst nachstehende Gegenstände:
1 Garnitur (1 Sopha, 2 Sessel), 1 Tisch, 2 kl. Tische, Bilder, Stühle, 2 Gobelins, 1 Fenstererker
öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigern.
Thorn den 12. Juni 1918.
Knauf, Gerichtsvollzieher.

Kunden für Vollmilch
werden noch angenommen.
Milchverkaufsstelle der Molkerei Ostichau. Bäckerstraße 18.

Schriftliche Arbeiten
ganz gleich welcher Art werden sauber ausgeführt.
Angebote unter **F. 1709** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Junge Dame
sucht für einige Stunden des Tages schriftliche Arbeiten zu erledigen.
Angebote unter **D. 1729** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Wäsche zum waschen, plätten u. ausbessern sucht einzelne Dame zu vergeben.
Näheres zu erfragen bei der **Heimleiterin des Soldatenheims, Karlstraße.**

Junger Geigenspieler sucht für die Sonntage für Kino
Klavierspielerin oder Klavierspieler.
Gefl. Angebote unter **E. 1705** an die Geschäftsstelle der „Presse" erbeten.

Ihre vollzogene Kriegstrauung geben bekant:
Leutnant Rudolf Döll
u. Frau Frida, geb. Lemke.
Schönsee, Juni 1918.

Als Vermählte empfehlen sich
Heinz Saamer, Oberfeuerwerker,
u. **Charlotte Saamer,** geb. Olkiewicz.
Gleichzeitig ein herzlicher Lebewohl allen unsern Bekannten bei unserer Abreise nach Kolberg.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein zu Thorn e. V.

Jahresversammlung

Freitag den 14. Juni, 7½ Uhr:
im kleinen Saal des Schützenhauses.

Tagesordnung:
1. Jahres- und Geschäftsbericht.
2. Rechnungslegung und Entlastung.
3. Feststellung des neuen Haushaltplanes.
4. Wahl des Vorstandes, des Beirats und der Rechnungsprüfer.
5. Ergänzungen und Abänderungen der Satzung.
6. Anträge des Vorstandes sowie der Mitglieder.
7. Verschiedenes: darunter die Frage der Metallbeschlagnahme, Schornsteinfegergebühren, Mietssteigerungen.

Die Mitglieder werden gebeten, zu der Versammlung zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Königl. preuß. Klassenlotterie.

Die Lose zur 1. Klasse 12. (238.) Lotterie
bleiben den bisherigen Spielern
bis zum 18. Juni, abends 6 Uhr,
aufbewahrt.
Um der jedesmaligen Erneuerung der Lose überhoben zu sein, empfiehlt es sich, gegen Aushändigung eines Gewahrsamscheines gleich für alle 5 Klassen den Betrag zu entrichten.

Für neu hinzutretende Spieler
stehen Lose in $1/1$, $1/2$, $1/4$ und $1/8$-Abschnitten **zu 40, 20, 10 und 5 Mark** zur Verfügung und können solche gleich in Empfang genommen werden.

Dombrowski, königl. preuß. Lotterie-Einnehmer,
Thorn, Katharinenstr. 1, Ecke Wilhelmplatz,
Fernsprecher 842.

Schützenhaus,
Schloßstraße Nr. 9.

Täglich Garten-Konzert,
ausgeführt von Österreich. Herren-Salon-Orchester, sowie Auftreten der **Ali Baba-Truppe.** Hans Waldorf, **Komiker und Sänger.**
Anfang 6 Uhr.

Ziegelei-Park.

Donnerstag den 13. Juni:

Großes Promenadenkonzert,
ausgeführt von der Musikabteilung Ers.-Batls. Inf.-Regts. Nr. 61,
Leitung: Obermusikmeister **Edmund Henning.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt pro Person 30 Pfg.
Hochachtungsvoll **G. Behrend.**

Gras- u. Getreidemäher
— Heurechen. —
Einige gebr., gut durchreparierte
: : Getreidemäher : :
bietet an
Maschinenfabrik E. Drewitz,
G. m. b. H.

Maschinenschreiben
auf nur mod. Maschinen lehrt erfolgreich
M. Friedewald, Bücherrevisor,
Gerberstraße 33—35, Eing. Schloßstr.

Ein Operateur und ein junger Mann,
der Lust hat, als Operateur sich ausbilden zu lassen, anstelle des zum Heere einberufenen, sofort gesucht.
Zwei junge Leute
zum Platzanweisen sofort verlangt.
Odeon-Lichtspiele.

Hotel-Pensionat.
Gut möblierte Zimmer auf Tage und Monate empfiehlt mit auch ohne Pension.
Gerechtestraße 8 10.

Gut möbl. Zimmer
für zwei Herren von gleich zu vermieten, mit auch ohne Pension.
Dort auch Mittagstisch.
Mauerstraße 52, r., 1 Trp.

Möbliertes Zimmer sof. zu vermieten.
Mellienstraße 61, 2, r.

Nehme kleines Kind in Pflege.
Zu erfragen Schlachthausstr. 31.

Privatbeamter,
hier einsam, wünscht freundsch. Verkehr mit geb. Dame zwecks Heirat. Strengste Diskretion. Gefl. Zuschr. unter **Y. 1699** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Am 16. Juni
findet in der Schlucht Heselicht Schloß Birglau ein
Jugendpflegetag
statt, zu welchem die erwachsene Jugend und die Eltern eingeladen werden.
Abmarsch von Schule Luben 2 um 3½ Uhr. **Der Vorstand.**

Freitag den 14. Juni,
abends 8 Uhr:
Instr. -□ u. Bes. in III.

Stadt-Theater

Donnerstag den 13. Juni, 7½ Uhr:
Neu einstudiert! Zum 1 male!
Der Vogelhändler.
Freitag den 14. Juni, 7½ Uhr:
Das Schwarzwaldmädel.
Sonnabend, 15. Juni, 7½ Uhr:
Ermäßigte Preise! Außer Abonnement!
Wie einst im Mai.

Lämmchen

Kleinkunstbühne,
Gerechtestraße 3.

Allabendlich ab 7 Uhr:
Das hochinteressante Juni-Programm
mit
E. Weisseise
dem württemberg. Berufsathleten.
Derselbe zahlt
1000 Mark in bar
Demjenigen, welcher imstande ist, seine Leistung korrekt nachzumachen.

Sonnabend den 15. Juni 1918:
Wohltätigkeits-Vorstellung zugunsten der Ludendorffspende
Die gesamte Entreeeinnahme ohne jeden Abzug wird der Ludendorff-Spende zugeführt.
Weindiele Schrammelkonzert.

Wer leiht jungem Mädchen 100 Mk. gegen eine Abzahl. von 20 Mk. monatl.
Angebote unter **J. 1709** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Diejenigen,
welche den Unfall am 7. Juni, mittags 12—1 Uhr an der Friedrich- u. Albrechtstraße Ecke der elektrischen Straßenbahn gesehen haben, bitte ich gefl. im Krankenhaus zu melden.
Max Meyer aus Danzig,
z. Zt. im städt. Krankenhaus.

---

100 Mark Belohnung
In der Nacht vom 8. zum 9. Juni sind aus meinem Sägewerk, Lindenstraße 26, mehrere
led. Treibriemen
gestohlen worden.
Wer mir den oder die Täter so nachweist, daß ich sie gerichtlich belangen kann, erhält obige Belohnung.
E. Hoffmann, Baugeschäft,
Thorn-Mocker.

Vor 4 Wochen ist mein
Jagdhund
(brauner Stichelhaar) mit weißer, getigerter Brust und Läufen abhanden gekommen. 40 Mk Belohnung Demjenigen, der mir nachweisen kann, wo derselbe geblieben ist. Zu melden
Gerstenstraße 9a, 2. links.

Am 10. d. Mts. den **Rückdeckel einer silbernen Armbanduhr verloren** (Monogramm M. S.)
Der ehrliche Finder wird gebeten, selbigen gegen Belohnung abzugeben bei **H. Salzbrunn, Thorn-Mocker,** Lindenstr. 19, oder im **Uhrwarengeschäft Grünbaum.**

Verloren
Sonntag nachm. eine **schwarze Brieftasche** mit Wertpapieren. Bitte dieselbe gegen Belohnung abzugeben bei **Karl Rusch,** Gerechtestr. 2, 1 Trp. Toreingang.

Finder der grünen Brieftasche
wird gebeten Personal-, Militär- und Abmeldeausweis nach Gerechtestraße 21 zu senden

---

Br. Portemonnaie mit 45 Mark Inhalt am 10. d. Mts. verloren. Abzugeben in der Geschäftsstelle der „Presse".

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Juni	—	—	—	—	13	14	15
	16	17	18	19	20	21	22
	23	24	25	26	27	28	29
	30	—	—	—	—	—	—
Juli	—	1	2	3	4	5	6
	7	8	9	10	11	12	13
	14	15	16	17	18	19	20
	21	22	23	24	25	26	27
	28	29	30	31	—	—	—
August	—	—	—	—	1	2	3
	4	5	6	7	8	9	10
	11	12	13	14	15	16	17

Hierzu zweites Blatt.

Nr. 136. Thorn, Donnerstag den 13. Juni 1918. 36. Jahrg.

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

156. Sitzung vom Dienstag, 11. Juni.

Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews. Das Haus ist gut besetzt.

4. Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Dazu lag der gestern veröffentlichte Kompromißantrag Lohmann (Natl.) und Genossen, außerdem die Sicherungsanträge des Zentrums und die Anträge Aronsohn (Fortschr. Vpt.) und Brust (Ztr.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu § 3, die das gleiche Wahlrecht vorsieht, vor.

Die allgemeine Aussprache.

Abg. v. Heydebrand (kons.): Ich habe nur eine ganz kurze Erklärung abzugeben. Meine politischen Freunde werden für die Ihnen vorliegenden Kompromißanträge stimmen. Sie entsprechen nicht ganz unseren Ansichten. Aber es erscheint uns notwendig die entstandene Lücke auszufüllen. Es ist erforderlich, daß eine möglichst große Mehrheit sich für diese Anträge findet. Wir sind der Meinung, daß unsere Anträge im Interesse des Landes liegen. (Lachen links.) Wir bitten Sie daher, dafür zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Porsch (Ztr.): Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde wird in der Erwartung der Annahme unserer Sicherungsanträge für den Kompromißantrag stimmen.

Abg. Lüdicke (Freikons.): Wir werden dem Kompromißantrag durchweg zustimmen.

Abg. Dr. Pachnicke (Fortschr.) bemängelte, daß der konservativ-nationalliberale Kompromißantrag so spät den Parteien bekanntgegeben worden sei. Seine Freunde lehnten diesen Antrag ab und forderten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Die Regierung müsse schleunigst die Wählerlisten aufstellen und zur Auflösung schreiten. (Lachen bei der Mehrheit, Beifall links.)

Minister des Innern Dr. Drews: Von seiten der Regierung ist schon bei der dritten Lesung erklärt worden, daß der frühere Antrag Lohmann für die Regierung kein geeigneter Boden für eine Verständigung sei. Namens der Staatsregierung erkläre ich, daß auch auf dem Boden des jetzigen Antrages ein Zustandekommen der Vorlage ausgeschlossen ist. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lucas (Natl.): Wir halten aus innerster Überzeugung an dem gleichen Wahlrecht fest.

Abg. Dr. Lohmann (Natl.): Wir wollen eine angemessene Vertretung aller Stände bei der Wahl. Das gleiche Wahlrecht bedeutet aber die Herrschaft eines Standes. (Sehr richtig! rechts.) Mit unserem Antrage glauben wir eine soziale Verbesserung erreicht zu haben.

Abg. Korfanty (Pole): Wir lehnen den Kompromißantrag ab und stehen nach wie vor auf dem Boden des gleichen Wahlrechts.

Abg. Leinert (Soz.): Sie (nach rechts) fordern einen Wortbruch vom König, wenn Sie verlangen, daß er ein solches Gesetz, wie Sie es machen wollen, unterschreibt. Ein solches Gesetz bedeutet eine Verhöhnung des Volkes. Wenn das gleiche Wahlrecht nicht kommt, dann haben wir den Krieg verloren, dann bekommen wir politische Kämpfe, die unsere wirtschaftliche Entwicklung hemmen werden.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.): Die Herren Dr. Friedberg und Graf Hertling wollen im Ernst gar nicht die Auflösung des Hauses, um das gleiche Wahlrecht zu schaffen. Wenn das Volk sich bisher nicht erhoben hat, so ist es darauf zurückzuführen daß die Regierungssozialisten es davon zurückgehalten haben. (Abg. Adolf Hoffmann wurde zweimal zur Ordnung gerufen, weil er die Geschäftsführung des Vizepräsidenten Dr. Lohmann kritisierte.) Das ist der liberale Präsident. (Auch der Abg. Ströbel wurde zur Ordnung gerufen.)

Die allgemeine Besprechung schloß.

Es folgte die Einzelberatung über das Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhause. Zu § 1 (Wahlberechtigung) begründete Abg. Gronowski (Ztr.) den Antrag Brust (Ztr.) und Genossen, wonach wahlberechtigt sein soll, wer seit einem halben Jahr seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat (nach der Vorlage ein Jahr). Nach dem Kompromißantrag soll zur Ausübung des Wahlrechts berechtigt sein, wer mehr als zwei Jahre seinen Aufenthalt in der Gemeinde hat. In monatlicher Abstimmung wurde der letztere mit 223 gegen 188 Stimmen angenommen. Damit war der Antrag Brust erledigt.

Die Abstimmung.

Es folgte die Abstimmung über die Anträge Lucas (Natl.), Aronsohn (Fortschr. Vpt.) und Brust (Ztr.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage in § 3, welcher danach lautet: Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Abstimmung war ebenfalls namentlich. Die Anträge wurden mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde namentlich abgestimmt über den Antrag Dr. Hagemeister (Natl.), für den Fall der Annahme des Antrages Lohmann auch derjenige eine Zusatzstimme erhalten soll, der einen eigenen Hausstand führt oder als ein Kriegsteilnehmer im Sinne des Allerhöchsten Erlasses vom 7. September 1915 anzusehen ist. Der Antrag wurde mit 251 gegen 147 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Kompromißantrag Lohmann und Genossen wurde in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 154 Stimmen angenommen.

Ein hierauf eingebrachter Vertagungsantrag wurde abgelehnt.

Zu § 24 (Abgrenzung der Wahlbezirke) lag ein Antrag Heydebrand, Lohmann und Lüdicke vor auf Einführung der Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Bezirken der Ostmarken.

Abg. Braun (Soz.) bezeichnete die Einführung der Verhältniswahl in den Ostmarken als eine Kampfmaßnahme gegen die polnische Bevölkerung.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr vertagt.

Schluß 5¾ Uhr.

Deutscher Reichstag.

172. Sitzung vom 11. Juni, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kriegsminister v. Stein.

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen.

Abg. Müller-Meiningen (F. Vpt.) stellte eine Anfrage wegen Benachteiligung unserer Truppen durch Lieferung wertloser Kriegstabaksmischung.

(Auf dem Tische des Hauses sind eine Reihe von Päckchen der erwähnten Tabak-Mischung ausgelegt, die von Abgeordneten aller Parteien gründlich untersucht werden. Alles wendet sich schaudernd ab.)

Generalleutnant v. Oven: Die Kriegstabaksmischung entstand aus der Not der Zeit. Sie fällt verschieden aus, so daß in einem Paket mehr reiner Tabak als in dem anderen ist. Die Zahl der bekannt gewordenen Klagen ist bisher verhältnismäßig gering (stürmischer Widerspruch). Die Lieferung der Kriegstabaksmischung ist einstweilen eingestellt, doch wird sich diese Einstellung kaum aufrecht erhalten lassen, falls nicht die Belieferung der Feldtruppen gefährdet werden soll.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vpt.): Also ist die Einstellung nur vorübergehend?

General v. Oven: Zunächst vorübergehend.

Abg. Dr. Müller-Meiningen: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß für das hier zu Tabak verwendete Laub 10 Mk. für den Zentner bezahlt werden, daß die Fabrikanten für diesen sogenannten Tabak aber 500 Mark für den Zentner verlangen? (Lebhaftes Hört. hört!) Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesen selbst für die Kriegszeit unerhörten Wucher zu bekämpfen? (Beifall.) Ist es richtig, daß einzelne Truppenteile durch den Genuß dieses Laubtabaks in ihrer Gesundheit mehr geschädigt worden sind, als durch feindliche Gasangriffe? (Hört! hört!) Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um die Truppen dauernd von dieser Plage zu befreien?

General v. Oven: Die Kriegs-Tabak-Mischung kostet 5 Mk. das Kilogramm. Darin sind 1,20 Mk. Steuer enthalten. (Stürm. Protestrufe: Steuern auf Laub?) Also bleiben nur 3,80 Mk. für das Kilo und 1,90 Mk. für das Pfund übrig. Der Tabak, der ja auch in der Mischung vertreten ist (Widerspruch), ist im Preise derart gestiegen, daß er kaum noch zu bezahlen ist. Der Preis von 1,90 Mk. für das Pfund Kriegs-Tabak-Mischung wäre an und für sich also nicht zu hoch. Die Mischung wird natürlich im großen gemischt, und so können da Versehen vorkommen. Die Einstellung der Lieferung dieser Mischung ist auf die Nachricht hin erfolgt, daß bei der Truppe sich Gesundheitsstörungen gezeigt haben. (Hört! hört!) Jetzt wird geprüft, in welcher Form eine Tabakmischung gegeben werden kann, bei der diese Übelstände nicht vorhanden sind. Gegen eine Firma, die besonders schlecht geliefert hatte, ist bereits strafweise eingeschritten worden. (Beifall.) Jeder Raucher leidet unter dem Kriegstabak. Die Soldaten rauchen lieber schlechten Tabak als gar keinen. (Widerspruch.) Der Tabak gehört zur Feldkost. Auf die Anregungen die jeder Raucher empfindet, können die Soldaten nicht verzichten.

Abg. Brey (Soz.) verweist darauf, daß bei der Beschaffung des Ersatzes für die beschlagnahmten Tür- und Fensterbeschläge die Industriellen völlig ausgeschaltet sind und daß die Ersatzbeschaffung nur nach Anordnung der Metall-Ersatzstelle der Kriegsmetall-A.-G., Berlin, erfolgt.

Oberstleutnant Koehn: Die Beschaffung des Ersatzes mußte durch eine behördliche Regelung erfolgen, weil sonst nicht genügende Sicherheiten gegeben sind gegen eine Bewucherung des Publikums.

Abg. Müller-Meinigen (F. Vpt.) frug wegen des an dem Bergarbeiter Paul Prager im Staate Illinois verübten Lynchmordes an.

Geheimrat Simon: Der schweizerische Gesandte hat im deutschen Interesse wegen des Vorfalles Beschwerde eingelegt. Die Vereinigten Staaten geben die Tatsache zu, behaupten aber, nach den Gesetzen des Staates Illinois nicht einschreiten zu können. Die Untersuchung sei eingeleitet, gesetzgeberische Maßnahmen seien getroffen, um derartigen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen. Die Vereinigten Staaten sind in erster Linie für den begangenen Frevel verantwortlich und sollten Mittel und Wege finden, um Rechte und Freiheit der Deutschen in Amerika zu schützen. Die deutsche Regierung hat wiederholt auf Beschleunigung der Erhebungen in dieser Frage gedrängt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen: Ist dem Reichskanzler weiter bekannt, daß die „Daily Mail" in den letzten Tagen triumphierend eine Leporelloliste ähnlicher Fälle aufgeführt hat, und was gedenkt er zur Sühne dieser Fälle zu tun?

Geh. Legationsrat Simons: Die Tatsache, daß auch in anderen Fällen deutschgesinnte Gebürtige von der amerikanischen Bevölkerung in unqualifizierbarer Weise vergewaltigt und gelyncht worden sind, ist dem Reichskanzler bekannt. (Hört, hört!) Das Auswärtige Amt wird allen diesen Fällen nachgeben und einschreiten, wo es sich um deutsche Reichsangehörige handelt. Wir können aber nicht Fälle vor unser Forum ziehen, in denen es sich um amerikanische Bürger deutscher Abstammung handelt, weil uns dazu völkerrechtlich die Berechtigung fehlt.

Abg. v. Trampczynski (Pole) stellte eine Anfrage wegen russischer Soldaten polnischer Nationalität, welche infolge des Friedensschlusses die deutschen Linien passiert hätten in der Erwartung, in ihre Heimatsorte zu gelangen, aber festgenommen und in Gefangenenlager geschickt worden seien.

Oberst v. Fransecky: Die Leute sind mit wenigen Ausnahmen vor dem Friedensschluß mit der Waffe in der Hand angetroffen und deshalb mit Recht als Kriegsgefangene behandelt worden. Sollten in einzelnen Fällen Mißgriffe vorgekommen sein, so wird Abhilfe erfolgen.

Darauf erfolgte die Abstimmung über die Anträge und Entschließungen zum Etat des

Reichsamts des Innern.

Angenommen wurde die Wiederherstellung des Etatsentwurfs betr. die beiden vom Ausschuß gestrichenen Vortragenden Räte und die Entschließung betr. Beamtenausschüsse. Die übrigen Entschließungen wurden abgelehnt.

Damit war der Etat des Reichsamtes des Innern erledigt.

Es folgte die Beratung des

Heeresetats.

Abg. Nehbel (Kons.) erstattete Bericht über die Ausschußverhandlungen.

Mit der Beratung des Heeresetats wurde die erste Lesung eines Gesetzes zur Heranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst, einer Ergänzung des Gesetzes betr. Änderung der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888 und betr. Milderung im Militärstrafgesetzbuch verbunden.

Die Fragen der Militärbeamten und Militärarbeiter sowie die Fürsorge der Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten wurden zurückgestellt.

Die Aussprache über den Haushalt der Heeresverwaltung leitete Kriegsminister v. Stein ein. Er besprach die Kriegslage, die durch das stürmische Vorgehen der deutschen Armeen gekennzeichnet sei, in der noch immer der Geist von 1914 lebe, im vollen Vertrauen auf ihre Führer und den schließlichen Sieg. Weiter begründete der Minister drei Vorlagen auf Heranziehung der Heeresunfähigen, Überführung der Mannschaften ersten Aufgebots in den Beurlaubtenstand und Milderungen des Militärstrafgesetzbuches.

Abg. Wirth (Ztr.): Wir stimmen einmütig der dankbaren Anerkennung für die Leistungen unserer Truppen von Herzen zu. Die Bahnhofskommandanturen sollten nicht mit Generalen besetzt werden, das widerspricht aller Sparsamkeit. (Sehr gut!) Ist die Entlassung des Jahrganges 1870 zu erwarten? Die Milderung der Strafrechtspflege begrüßen wir. Gnadenakte müssen bald durchgeführt werden. Lazarette, in denen Ärzte und Schwestern Tanzvergnügungen abhalten, sind nicht das Richtige.

Abg. Schöpflin (Soz.): Wir alle schließen uns den Worten des Dankes für unsere Truppen voll an. Altgediente Unteroffiziere und nicht nur junge Soldaten mit dem Berechtigungsschein zum Einjährigfreiwilligen Dienst sollten zu Offizieren befördert werden. In den Lazaretten, auch in Berlin, bestehen grobe Mißstände. Rote Kreuzschwestern geben sich dazu her, den Kranken Lebensmittel zu entziehen, um sie ihren Freunden zuzuschanzen.

Abg. Haas (Fortschr. Vpt.): Schwere Bedenken haben wir gegen die Heranziehung der Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst. Der Novelle zum Wehrpflichtgesetz stimmen wir zu. Den Kriegsberichterstattern sollte nahegelegt werden, ihre Schilderungen so zu schreiben, daß die Soldaten sich nachher nicht ärgern, wenn sie sie lesen. Die Behandlung der Mannschaften, namentlich in der Heimat, muß besser werden und unserer Dankbarkeit für unsere Feldgrauen draußen entsprechen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 1 Uhr, vertagt.

Schluß 6¾ Uhr.

Politische Tagesschau.

Die Neugestaltung des Auslandsdienstes.

Staatssekretär v. Kühlmann beabsichtigt in der nächsten Zeit nach Hamburg zu reisen, um sich mit Vertretern der maßgebenden Hamburger Kreise über Vorschläge zur Reform des Auslandsdienstes zu besprechen. Da es dem Staatssekretär an Zeit mangelt, auch Bremen und Lübeck zu besuchen, so werden voraussichtlich Abordnungen der Handelskammern dieser Städte an den Besprechungen in Hamburg teilnehmen.

Vertagung der Branntwein-Monopol-Vorlage?

Die Beratungen über die Einführung des Branntwein-Monopols — ein wesentlicher Bestandteil der neuen Steuervorlagen — gestalten sich sehr schwierig, weil es sich dabei im wesentlichen um das erste Reichsmonopol handelt und man in Reichstagskreisen überzeugt ist, daß mit diesem Gesetzentwurf die Probe aufs Exempel gemacht werden soll. Bewährt sich die geplante Maßnahme, so werden voraussichtlich weitere Monopole folgen, da das Reich Geld braucht. Wenn auch die verbündeten Regierungen auf die baldige Verabschiedung des Branntweinmonopols großen Wert legen, so wird doch erwogen, zum Zwecke gründlichster Beratung diese Vorlage einstweilen aus dem Steuerbündel auszuscheiden. Ob man infolgedessen noch im Laufe der jetzigen Tagung die Angelegenheit wird erledigen können, ist mehr als zweifelhaft. Fällt das Branntweinmonopol aus dem Steuerprogramm des Schatzsekretärs aus, so müßte der hieraus sich ergebende Fehlbetrag durch andere Abgaben gedeckt werden.

Eine militärische Abordnung der russischen Sowjetregierung

ist, wie die „Voss. Ztg." hört, gestern in Berlin eingetroffen. Sie stellt einen Teil der Kommission dar, die eine Reihe von Fragen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art beraten soll und Ende dieser Woche zum ersten Male zusammentreten wird.

Costaricas Kriegserklärung bestätigt sich.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die Nachricht, daß die Republik Costarica dem Deutschen Reiche den Krieg erklärt habe, ist nunmehr amtlich bestätigt worden. Die Kriegserklärung ist durch ein Regierungsdekret vom 23. Mai dieses Jahres erfolgt.

Eine Aufforderung Seidlers an die Parteien.

Der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat den Führern der Parteien des Abgeordnetenhauses ein Ultimatum gestellt. Der Ministerpräsident nannte in einer Konferenz der Obmänner der parlamentarischen Klubs den 15. Juni als äußersten Termin, bis zu dem die Entscheidung der Parteien über ihre Haltung zur Regierung gefallen und damit auch die Frage der Wiedereinberufung des Parlaments erledigt sein müßte.

Die deutsch-englische Konferenz

hat am Montag Vormittag im Haag ihre zweite Sitzung abgehalten. Es liegt nicht in der Absicht, regelmäßig Presseberichte über die Verhandlungen zu veröffentlichen, genau so wenig, wie das 1917 bei der ersten Konferenz dieser Art im Haag geschehen ist.

Die Nahrungsnöte der Gegner.

Reuter meldet unter dem 10. Juni aus London: Heute wurde der Bericht des wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses der Verbandsmächte veröffentlicht. Der Ausschuß hat zwei Sitzungen abgehalten, die erste am 25. März in Paris, die zweite am 29. April in Rom. Der Ausschuß entschied sich dahin, daß ein Mann mit dem Durchschnittsgewicht von 76 Kilogramm, der täglich acht Stunden arbeitet, Nahrungsmittel zum Nährwert von 3300 Kalorien bekommen muß. Eine Herabsetzung von 10 v. H. könne jedoch eine Zeitlang ohne gesundheitliche Schädigung ertragen werden.

Britisch-bulgarische Verhandlungen.

Im Unterhause teilte der Regierungsvertreter mit, daß die britische Abordnung im Haag Weisung erhalten habe, über die Grundlage eines Abkommens mit der bulgarischen Regierung über die Zurücksendung von britischen und bulgarischen Kriegsgefangenen in ihre Heimat im großen Maßstabe zu beraten.

Die Lichnowsky-Denkschrift.

Wie „Ekstrabladet" erfährt, ist die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, die in Dänemark vor kurzem in dänischer Sprache unter dem Titel „Meine zwei Jahre in London" erschien, auf Verlangen des Fürsten zurückgezogen worden. Die dänische Veröffentlichung war aufgrund einer englischen Ausgabe mit einer Vorrede des Engländers John Murray erfolgt. Der Fürst machte geltend, daß zu dieser Veröffentlichung seine Einwilligung notwendig wäre.

Litauischer Einspruch gegen die Entente.

Der litauische Nationalrat hat in einem Telegramm an die Ministerpräsidenten von Frankriech, England und Italien gegen die Entschließung des Versailler Kriegsrates protestiert, einen polnischen Staat mit einem freien Zugang nach dem Meere zu schaffen, da dieses Programm nicht verwirklicht werden könne, ohne das Gebiet Litauens zu zersplittern. Den gleichen Einspruch hat der litauische Nationalrat bei den neutralen Gesandtschaften der Alliierten erhoben.

Deutsches Reich.

Berlin, 11. Juni 1918.

— Der „Reichsanzeiger" meldet die Verleihung des Eichenlaubs zum Orden Pour le Mérite an den General der Infanterie von Eberhardt und den Generalmajor Maercker und des Ordens Pour le Mérite an den Generalleutnan Grünert und den Oberstleutnant Werkel; und veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts von mindestens 10 Tonnen im Monat Juli 1918.

— Wie in parlamentarischen Kreisen versichert wird, hat der Abgeordnete Lohmann den Vorsitz in der Nationalliberalen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses niedergelegt. Die Neuwahl soll morgen stattfinden.

Brotkartenausgabe.

Die nächste Brotkartenausgabe findet am

Freitag den 14. und Sonnabend den 15. Juni 1918,
vormittags von 8—1 und nachmittags von 3½—6 Uhr, statt.

Die Ausgabestellen sind an den Anschlagsäulen bekanntgegeben.

Jeder Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, sich an einem der beiden Tage seine Marken von der für ihn infrage kommenden Ausgabestelle abzuholen. Bei der Abholung ist der **letzte Brotkartenausweis** zum Empfang der neuen Karten vorzulegen.

Um allzugroßen Andrang zu vermeiden, ersuchen wir die Haushaltungen mit den Brotkartenausweisen „A" nur Freitag den 14. Juni und die mit den Brotkartenanswe ifen „B" nur Sonnabend den 15. Juni 1918 die neuen Karten abzuholen.

Der Markeninhalt ist sofort bei der Empfangnahme nachzuzählen. Die Heftnadel darf dabei nicht entfernt werden. Spätere Reklamationen werden nicht berücksichtigt.

In jedem Brotkartenausweis sind für jede eingetragene Person enthalten:
1 Lebensmittelkarte G zu 40 Nummern,
2 Brotkartenblätter zu 3400 gr Brot oder 2210 gr Mehl,
2 Eiermarken, (mit Ausnahme der Geflügelhalter.)
Für Erwachsene und Kinder über 6 Jahre
1 Reichsfleischkarte über 40 Fleischmarken,
für jedes Kind unter 6 Jahren
1 Kinderfleischkarte über 20 Fleischmarken.

Wieviel Eier auf die Eiermarke 1 und wieviel Eier auf die Eiermarke 2 entnommen werden dürfen, wird noch bekannt gegeben.

Die Wochenration des Fleisches beträgt 150 gr mit Knochen für Erwachsene, für Kinder die Hälfte.

Hühner sind mit einem Durchschnittsgewicht von 400 gr, junge Hähne bis zu einem halben Jahr mit 200 gr auf die Reichsfleischkarte anzurechnen.

Graue Reichsfleischmarken berechtigen zum Einkauf am Freitag, gelbe Reichsfleischmarken am Donnerstag. Am Sonnabend und Sonntag können auf graue und gelbe Marken Fleisch und Fleischwaren bezogen werden.

Zum Fettempfange wird wieder ein Abschnitt der Lebensmittelkarte aufgerufen werden. Der Aufruf der einzelnen Nummern der Lebensmittelkarte erfolgt wie bisher durch besondere Bekanntmachungen. Die Farben und die bisherigen Einkaufstage sind dieselben geblieben, sie werden jedoch nachstehend noch einmal bekannt gegeben.

Einkaufstage

Blau für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben A—E Montag vorm., Freitag nachm.,
Rot für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben T—Z Dienstag vorm., Sonnabend nachm.,
Gelb für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben K—L Montag nachm., Mittwoch vorm.,
Grün für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben M—Q Mittwoch nachm., Donnerstag vorm.,
Grau für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben R—S Freitag vorm., Dienstag nachm.,
Braun für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben F—J Donnerstag nachm., Sonnabend vorm.

Thorn den 12. Juni 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das Bürgersteig- und Böschungspflaster in der Innenstadt und den Vorstädten wird wiederholt von Kindern aufgerissen, wobei die Steine verschleppt werden. Auch die Umwehrungen bei den Anlagen usw. werden mutwillig umgestoßen und beschädigt.

In den §§ 14, 15 und 16 der Straßen-Polizei-Verordnung für Thorn wird auf die Strafbarkeit solcher Beschädigungen hingewiesen. Der Schlußsatz von § 16 lautet:

Wer es unterläßt, seiner Aufsicht unterstellte Kinder von den vorstehend aufgeführten Uebertretungen zurückzuhalten, ist wie der Täter strafbar.

Wenn der Unfug nicht unterbleibt, so wird mit den strengsten Strafen eingeschritten werden.

Thorn den 27. Mai 1918.

Die Polizei-Verwaltung.